

DKP-Schulen

Zentralisierung - Privatisierung

Immer mehr Schulen werden zu Gemeinschaftsschulen oder Bildungszentren zusammengeschlossen, so strukturieren sich auch zunehmend Berufsbildende Schulen (BBS) zu Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) um. Wesentlicher Bestandteil der Umstrukturierung ist, dass RBZ im Gegensatz zu BBS Anstalten öffentlichen Rechts sind und somit ihre Finanzen selbst verwalten und mit ihrem Budget selbst Haushalten müssen. Das hat zur Folge, dass die Schulen den finanziellen Mangel selber verwalten müssen.

Reicht das Geld nicht aus, können Drittanbieter aus der freien Wirtschaft als günstige Dienstleister angeworben werden, Räume extern vermietet oder Lehrstellen gestrichen werden. Der Finanzierungsdruck wird auf die Schulen umgelagert. Die Türen für die Privatisierung von Schulen wurden weit aufgerissen.

*- Schule ist kein Privatvergnügen – **Bildung darf keine Ware sein***

Die DKP stellt sich gegen die zunehmende Privatisierung von Schulen.

Das Land steht in der Verantwortung Schulen ausreichend zu sanieren, Schulmaterial zu stellen und Lehrstellen auf einem hohen Niveau zu sichern, statt den Unterbietungsdruck unter Drittanbietern an Schulen zu fördern.

Durch das Zusammenschließen der Schulen erhöht sich zum Teil der Schulweg für Schüler und Schülerinnen, womit auch die Anfahrtskosten steigen.

Die DKP fordert kostenlose öffentliche Beförderung zur Schule für alle Schülerinnen und Schüler.

Gleiche Besoldung für alle Lehrerinnen und Lehrer:

Die DKP unterstützt die Kämpfe für eine gleichwertige Ausbildung und einheitliche Besoldung aller Lehrerinnen und Lehrer, das schließt selbstverständlich die Grundschullehrer und Grundschullehrerinnen ein

Keine Stellenstreichungen im Bildungsbereich!

Immer wieder steht zur Debatte, ob alle Stellen im Bildungsbereich gehalten werden sollen. Zuletzt wurde durch die Landesregierung versucht Gymnasialstellen abzubauen. Es wurde behauptet, dass weniger Bedarf vorhanden sei, da die doppelten Abiturjahrgänge nun auslaufen würden. Dass es auch an Gemeinschaftsschulen um die Vorbereitung und die Erlangung von Abitursabschlüssen geht und dort der Bedarf an GymnasiallehrerInnen hoch ist, wird nicht bedacht. Das Streichen von Stellen würde zu einer Fachkräfteflucht führen.

Die DKP stellt sich gegen jegliche Versuche, Stellen für Lehrkräfte zu streichen. Für jede in Schleswig-Holstein ausgebildete Lehrkraft muss auch ein Arbeitsplatz zur Verfügung stehen.

Überholspur Gymnasium vs. Inklusion

Trotz Zusammenlegung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu Gemeinschaftsschulen wird in unserem Schulsystem früh aussortiert. Dass es auf der einen Seite um eine Akademikerlaufbahn geht und auf der anderen Seite um ein Sammelbecken für den Rest, machte zuletzt auch Liebing (CDU) deutlich, indem er eine spezifische Ausbildung für Gymnasial- und eine für Gemeinschaftsschul-LehrerInnen forderte.

Neben der Selektierung durch verschiedene Schulformen wird deutlich, dass die hoch angepriesene Inklusion an Schulen kaum möglich ist. Die Zielstellung, gemeinsames Lernen an Schulen zu

ermöglichen und bei der Schulwahl Menschen nicht nach Ihrer Herkunft oder ihrer körperlichen und geistigen Verfasstheit zuzuweisen, ist nur möglich, wenn auch zusätzliche Planstellen für kleinere Klassen und zusätzliches pädagogisches Personal bereitgestellt werden. Das gemeinsame Lernen von SchülerInnen beinhaltet positive Wechselwirkungen zwischen SchülerInnen, baut Vorurteile unter diesen ab und fördert Solidarität in der Schülerschaft. Dafür müssen die Bedingungen so gestaltet werden, dass Inklusion jederzeit und von allen genutzt werden kann.

Die DKP fordert eine Schule für alle statt Diskriminierung und Selektierung.

Die DKP fordert:

- Stopp die Privatisierung des Schulwesens – Schulfinanzierung und **Festlegung von Bildungszielen** sind eine öffentliche Aufgabe
- **Gegen Spaltung der Lehrerinnen und Lehrer – Gleichwertige Ausbildung und einheitliche Besoldung für alle**
- Keine Stellenstreichung im Bildungswesen – Schaffung neuer Stellen und Qualifizierung für eine gelingende Inklusion
- Stopp die Frühselektierung – Gemeinsames Lernen in einer Schule für Alle
- Für kostenlose Bildung – Einführung der kostenlosen Schülerbeförderung – **bedarfsdeckendes Schüler-BAFÖG**